

Presseinformation
der
DSTG – Baden-Württemberg

7.2.2010

Steuer-Gewerkschaft warnt vor Erosion der Steuermoral

**Finanzpersonal empört:
Sonderweg des Landes bei Steuerhinterziehung?**

„Wer Steuerhinterziehern sehenden Auges Straffreiheit und Steuerfreiheit schenkt, entzieht der Steuererhebung ihre moralische Grundlage und gefährdet damit die finanzielle Basis unseres Staates“, erklärte der Landesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Franz Riß, zu den Meldungen über die Haltung von Justizminister Goll (FDP) zur Auswertung von Besteuerungsgrundlagen deutscher Steuerbürger in der Affäre um Schweizer Bankdaten .

„Mit welchem Recht sollen die Finanzämter gegenüber den Bürgern dann noch auf der Einhaltung von Steuergesetzen bestehen, wenn die dicken Fische mit dem Segen der Staatsführung ungeschoren davon schwimmen?“, fragten sich die Beschäftigten in den Finanzämtern.

Äußerst verwundert zeigt sich die Steuer-Gewerkschaft über das politische Sperrfeuer aus Teilen der Landespolitik schon deshalb, weil sowohl das Abgabenrecht als auch das Einkommen- und Umsatzsteuerrecht Bundesrecht sind.

Die Rechtsfragen des Datenankaufs seien bereits in Berlin u Düsseldorf positiv geprüft worden. Bundesfinanzminister Schäuble habe wiederholt auf die erfolgreich abgeschlossenen Gerichtsverfahren in der vergleichbaren „Liechtenstein-Affäre“ verwiesen.

Die Entscheidung könne daher nur lauten: Ein Klares Ja zum Ankauf der Daten. Deutschland habe ein Recht auf die Steuerdaten seiner Steuerbürger.

Die Steuerdaten-CDs zeigten nur die Spitze des Eisbergs. Die hartgesottene Steuerhinterzieher hätten weder die deutsche Steuer-Amnestie 2004 (Eichel) noch die „Zumwinkel-Affäre“ zur Umkehr genutzt. „Das Pokern zu Lasten der Ehrlichen geht weiter, das Schweizer Bankgeheimnis wird weiter als Schutzzaun für Steuerkriminalität genutzt, wenn Deutschland jetzt nicht konsequent bleibt“.

Gerade in Zeiten dramatischer Haushaltsdefizite müsse eine gleichmäßige gerechte Steuererhebung durch eine intakte Finanzverwaltung oberste staatliche Aufgabe sein. Die Steuerverwaltung dürfe nicht länger Stiefkind politischer Entscheidungen sein.

Schon jetzt habe der jahrelange Personalabbau in der Steuerverwaltung Baden-Württembergs bedenkliche Lücken gerissen. Dringend notwendig sei die Stärkung der Prüfungsdienste und des Innendienstes.

Allein die Steuerfahndung habe einen dringlichsten Sofortbedarf von rd. 60 Fahndern.

Die Steuer-Gewerkschaft fordert als vordringliche Weichenstellungen für die Steuerverwaltung:

- Übernahme aller erfolgreichen Anwärter
- Schaffung eines Einstellungskorridors
- leistungsgerechte Bezahlung.

Verantwortlich i.S.d.P:

DSTG Baden-Württemberg Presseinformation 18.6.2004
DSTG-Landesverband Baden-Württemberg, Vors. Franz Riß, Postfach 101007
70009 Stuttgart, mail: riss@dstg-bw.de